

Redaktion:  
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.  
Abonnement-Preise:  
Für Oesterreich-Ungarn mit freier  
Postzulassung:  
Halbjährig . . . . . 80 Kr.  
Vierteljährig . . . . . 40 Kr.  
Für Deutschland:  
Vierteljährig (unter Ruver) 70 Kr. —  
Markt 1.20.  
Für das übrige Ausland:  
Vierteljährig 85 Kr. — 1 Post 25 Cent.  
Einzelne Exemplare 5 Kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem  
2. und 4. Donnerstag im Monat.  
Kassafreie Adressationen sind portofrei.

# Die Zukunft

Centralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:  
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserions-Gebühr:  
Für Anzeigen von Parteigenossen:  
5 Kr.  
Für Anzeigen von Privatpersonen:  
10 Kr.  
bis dreimal gespaltene Zeile ober  
deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Selbstungen  
sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte

werden nicht zurückgegeben.

Nr. 39.

Wien, Donnerstag 12. Mai.

1881.

Parteilgenossen! Bergeht der Familien der Inhaftirten nicht.

## Zur Beachtung.

Von nun an befindet sich die Redaktion,  
Administration und Expedition 6. Bezirk,  
Gumpendorferstraße 78, wohin auch alle Briefe  
und Geldsendungen zu richten sind.

## An die k. k. Postämter.

Es gehen uns in letzter Zeit wieder häufiger als sonst  
Klagen von Seite unserer Abonnenten darüber zu, daß ihnen  
unser Blatt sehr unregelmäßig zugestellt werde. Sie erhalten zu-  
weilen eine Nummer um acht Tage später, als dieselbe — laut  
Aufgabestempel — von uns abgedruckt wurde, und manchmal er-  
halten sie die fällige Nummer gar nicht. Das hieran nicht mangel-  
hafte Abbestellung Schuld ist, geht daraus hervor, daß denselben  
Personen andere Postsendungen — z. B. die Glücksofferte des  
„Kottler-Professors“ Orise in Berlin und dgl. — promptest ins  
Haus gestellt werden. Wir können daher nur annehmen, daß die  
oben erwähnten Uebelstände in dem bevormundenden Geiste ihren  
Grund haben, von welchem in Oesterreich die überwiegende Mehr-  
heit der Beamtenschaft durchdrungen ist und welcher es bewirkt,  
daß einzelne übereifrige Postbedienstete sich erlauben, den Schup-  
engel der Staatsbürger zu spielen und die Letzteren vor „Jrele-  
tung“ und „Verführung“ durch aufreizende Bekümpfungen zu bewahren,  
indem sie Blätter, die der nach ihrer Ansicht viel zu liberale Wiener  
Staatsanwalt als „ungefährlich“ passiren ließ, zum Vorschein des  
Abresaten und — des ganzen Staates konfiszieren. Es findet diese  
Vermutung ihre Bestätigung durch die Mitteilung einiger Genossen,  
daß ihnen in Auslande an sie aufgegebenen in französischer und  
englischer Sprache geschriebener sozialistischer Zeitungen, welche  
hier nicht verboten sind, nicht zugestellt wurden, obwohl der  
Brief oder die Karte, in denen ihnen die gleichzeitige Aufgabe von  
Brief und Zeitung bekanntgegeben wurde, glücklich in ihre Hände  
gelangte.

Wir fordern deshalb alle jene Postanstalten, in denen bis-  
her ein aufwärtsstrebender Beamter im allgemeinen Staatsinteresse in  
der von uns genügten Weise tätig war, auf, ihre Pflicht zu  
tun und die ihnen anvertrauten Sendungen gewissenhaft an Jene  
abzuliefern, denen sie gehören. Wir fassen uns sonst genügt zum  
Schutze unserer Rechte andere Maßnahmen zu ergreifen.

Unsere abonnirenden Parteilgenossen aber ersuchen wir, uns  
jeden Fall eines wirklichen oder vermeintlichen Uebergriffes von  
Seite irgend eines Postamtes schleunigst und mit genauer Angabe  
aller Nebenumstände zur Kenntnis zu bringen, damit wir im  
Stande seien und unserer Haut zu wehren.

## Oesterreichische Finanzpolitik.

Jetzt, da im Abgeordnetenhaus das Budget berat-  
ten wird, ist es an der Zeit, unser Urteil über die  
Politik der gegenwärtigen Regierung zu äußern und  
zu begründen, damit, obwohl wir uns im Par-  
lament nicht auszusprechen vermögen, außerhalb  
unserer Partei kein Zweifel über unsere Haltung bestehe.  
Wir können unser Urteil leider nur unter Beobachtung  
der strengsten Reserve abgeben, da das objektive Ver-  
fahren der freien Meinungsäußerung in der Presse un-  
überwindliche Hindernisse entgegenstellt.

Dies ist auch der Grund, warum wir unser Ur-  
teil an dieser Stelle nur auf die Steuer- und Finanz-  
politik der Regierung beschränken, wenn auch die Ge-  
samtheit der heutigen Regierungspolitik massenhaft  
Stoff zur Kritik vom Standpunkte unserer allgemein  
bekannten Grundsätze und der Oesterreichischen Arbeiter-  
interessen aus böte.

Vor Allem finden wir es für notwendig, zu kon-  
statieren, daß in scharfem Gegensatz zu den Versprechun-  
gen der Krone bei Eröffnung des Reichsrates die  
Regierung fast gar nichts getan hat, um das chronische  
Defizit im Oesterreichischen Budget zu beseitigen. Die  
Ausgaben für das Heer haben sich unter der gegenwärtigen  
Regierung erhöht, also gerade jener Teil der Staats-  
ausgaben, die völlig unproduktiv sind und auf den nach-  
haltigsten Widerstand in arbeitenden Volke stoßen. Nie-  
mand erwartete von einem sich als „konservativ“ be-  
zeichnenden Ministerium, das zu dem Zwecke ins Amt  
trat, gewisse Wünsche des Volkes gegen den Widerspruch  
der Deutschliberalen zur Geltung zu bringen, die Ver-  
wirklichung demokratischer Forderungen oder radikale  
Maßregeln zur Reduktion der Armee. Aber das war  
das Volk berechtigt zu erwarten, daß wenigstens inner-  
halb des bestehenden Rahmense des alle möglichen Ver-  
suche gemacht würden, die so schwer drückenden und für  
das materielle und geistige Wohl des arbeitenden Volkes  
wertlosen Heeresausgaben auf das Notwendigste zu be-

schranken. Niemand hat von einem derartigen Versuche  
auch nur das Geringste erfahren; im Gegenteile sind  
neue Forderungen des Kriegsministeriums bewilligt  
worden.

Der Finanzminister hat auch in der letzten Budget-  
debatte offen zugestanden, daß von bedeutenden Er-  
sparungen nicht die Rede sein könne, sondern daß man  
hauptsächlich auf eine Vermehrung der Einnahmen bedacht  
sein müsse. Der Militäretat ist eben das Heiligste, an  
das nicht gerührt werden darf, der Höhe, dem Alles  
geopfert werden muß. Seine Ansprüche steigen beständig  
und müssen steigen, weil es in der Natur des heute in  
Europa herrschenden Militarismus liegt, dem permanenten  
Kriegsstande als Ideale entgegenzustellen. Wird  
aber der Staat im Stande sein, den wachsenden An-  
sprüchen dieses modernen Molochs immer nachzukommen:  
wird nicht der Moment einmal eintreten müssen, indem  
dem Staate die Alternative gestellt werden wird, ent-  
weder Bankrott zu machen oder den wahnsinnigen An-  
forderungen des Militarismus zu entsagen? Will unsere  
Regierung so lange warten, bis dieser entscheidende  
Augenblick eingetreten ist, dann wird sie auf den Namen  
einer „konservativen“ Regierung Verzicht leisten müssen,  
weil es dann nichts mehr zu erhalten geben wird.

Was also diesen ersten und wesentlichen Punkt  
unseres Budgets betrifft, hat die gegenwärtige Regierung  
nichts getan, um den laut ausgesprochenen und unzählige  
Male wiederholten Forderungen des arbeitenden Volkes  
gerecht zu werden.

Aber auch was die Vermehrung der Einnahmen  
betrifft, verfolgt sie gerade jenen Weg, den die öster-  
reichischen Arbeiter immer verworfen haben und den sie  
als verderblich für die materiellen Interessen aller pro-  
duktiven Volksklassen betrachten, indem sie das Haupt-  
gewicht auf die Vermehrung und Erhöhung der indirekten  
Steuern legt.

Wenn auch Oesterreich in Bezug auf die Aus-  
bildung der indirekten Steuern hinter Frankreich und  
England zurücksteht, die hierin reine Klassensteuerepolitik  
treiben, so bilden die indirekten Steuern mit Ausschluß  
der Zölle doch mehr als zwei Drittel der Steuerein-  
nahmen Oesterreichs. Die direkten Steuern steigerten sich  
von 74,028,000 fl. im Jahre 1868 auf 91,873,000 fl.  
im Jahre 1877, die indirekten ohne Zoll von 164,291,000 fl.  
im Jahre 1868 auf 213,006,000 fl. im Jahre 1877.  
Trotz dieses immensen Uebergewichtes der indirekten  
Steuern über die direkten, das mit Einrechnung der  
Finanzzölle noch viel bedeutender wird, beabsichtigt Dr.  
Dunajewski die Einführung neuer auf den Volkstonum  
begründeter Abgaben, so eine Petroleumsteuer, Erhöhung  
des Petroleumzolles, Erhöhung der Zuckersteuer.

Die gegenwärtige Reichsratsmajorität hat in ihrem  
Klasseninteressen genügende Veranlassung, diese Steuer-  
politik der Regierung zu unterstützen, da der Großgrund-  
besitz und der Klerus, die beiden Hauptstützen der Rechten  
des Abgeordnetenhauses, jede ausgiebige Erhöhung der  
direkten Steuern, insbesondere aber eine progressive Per-  
sonaleinkommensteuer, mit Entschiedenheit zurückweisen.  
Abgeordneter Hausner, eines der wenigen Mitglieder  
der Rechten, welche für eine Personaleinkommensteuer  
plaidieren, trat am 29. v. M. in einer großen Rede über  
das Budget auch für Luxussteuern ein, erwähnte aber  
auch, daß bisher alle Versuche zur Einführung der letz-  
teren an dem Widerstande des Abgeordnetenhauses ge-  
scheitert seien, in welchem, wie er hinzufügte, nach seiner  
genauen Berechnung mehr als 40 Millionen äre  
sigen. Statistisch zeigen solche Herren keine Neigung für  
direkte und Luxussteuern, die sie am meisten treffen  
würde.

Fürst Alois Richensteiner, eines der Herkälsten  
Mitglieder des Hauses, lehrte mit anerkannter  
Offenheit den Klassenstandpunkt des Grundbesitzes her-  
vor; er verlangte eine Ermäßigung der auf dem letzteren  
ruhenden direkten Steuern und an deren Stelle natür-  
lich, da er in eine Reduktion der Heeresausgaben als  
echt „konservativer“ und katholischer Abgeordneter nicht  
eingehen kann, eine entsprechende Erhöhung der indirekten.  
Bei einer übermäßigen Erhöhung der letzteren, meinte  
er mit billiger Naivität, werde bloß das arme Volk  
zu größeren Entbehrungen und härterer Arbeit gezwun-  
gen; eine zu große Erhöhung der direkten Steuern  
konnte aber einer Vermögenskonfiskation gleich, die man  
um jeden Preis zu vermeiden suchen müsse. Wer noch  
Besitz habe, sei in demselben nach Möglichkeit zu schützen.  
„Die progressive Einkommensteuer“, sagte er wörtlich,  
„ist — man mag darüber reden wie man will — tat-  
sächlich der Hauptpunkt im sozialistischen Umsturzpro-  
gramm und es wäre überaus gefährlich, wenn unser

noch durch und durch liberaler Staatsorganismus gerade  
diesen Teil des Umsturzprogrammes unbewußt und un-  
bedacht auszuführen begänne.“

Um die progressive Einkommensteuer zum Hauptpunkt  
des sozialistischen Programmes zu stampeln, ist wol eine  
überaus große Ignoranz notwendig; denn für jeden nur  
halbwegs Eingeweihten liegt es auf der Hand, daß die-  
selben nur eine Reform des Steuerwesens und eine ver-  
nünftige Ausgleichung des Einkommens innerhalb  
der bestehenden Staats- und Gesellschafts-  
organisation bezweckt und daß daher gerade auf  
diesen Punkt die Bezeichnung „Umsturzprogramm“ am  
allerwenigsten paßt.

Fürst Richensteiner erklärte, für die progressive  
Personaleinkommensteuer nur unter folgenden drei Be-  
dingungen stimmen zu können: 1. daß sie eine sehr ge-  
linde Progressionskala habe; 2. daß sie nur für die  
Dauer des Defizits und nur bis zur Höhe desselben an-  
gewendet werde und 3. daß sie durch Modifikationen  
bahin geleitet werde, daß sie nicht den ohnehin über-  
lasteten Realbesitz trifft, sondern mehr auf das mobile  
Kapitalüberwältigt wird. Die progressive Einkommensteuer  
des Fürsten Richensteiner erinnert uns stark an das  
Richensteiner'sche Messer ohne Klinge, an dem das Heft fest.

Mit einer Parolmenschenmehrheit, deren Vertreter so  
offenherzig ihren Klassenegoismus zur Schau tragen, ist  
es natürlich nicht schwer, eine Steuerpolitik wie die des  
Dr. Dunajewski durchzuführen, die wenn auch unklar  
und lächerhaft, doch zweifellos auf eine höhere Belastung  
des arbeitenden Volkes hinczielt. Will die heutige Re-  
gierung und ihre Partei wirklich sich beeilen, den Beweis  
zu liefern, daß das arbeitende Volk auch von ihr nichts  
zu erwarten hat? Der Beweis ist zwar für Viele über-  
flüssig; aber da es doch Leute gibt, die sich Illusionen  
darüber hingeben, so können wir in deren Interesse und  
zu ihrer schnelleren Aufklärung nur wünschen, daß die  
Regierung in ihrem bisherigen Verhalten fortfahren  
möge. Denn vor Allem tut Klarheit not.

## Die Bewegungen des Mittelstandes und die Sozialdemokratie.

Von J. Kals.

Unter dem Prädikat (Titel) „Mittelstand“ versteht man ge-  
meinlich den Kleinbürger, d. i. Stand der Kleingewerbetreibenden  
und den Kleingrundbesitzer- oder Bauernstand. In diesem Sinne  
ist auch obiges Titelwort gemeint, wiewol diese landläufige Be-  
nennung ein etwas unklarer, unlogischer Begriff ist, welcher  
durch das Wort „Mittelklasse“ besser gedrückt wäre. Dies zum  
besseren Verständnis des Begriffes und der folgenden Ausführung.

Das die bernahtige Lage der Mittelklasse und der Stellung der  
Bauern und Kleingewerbetreibenden zum größten Teil keine be-  
sonders beneidenswerte ist, mit andern Worten, daß sich dieselben  
nicht gerade eines materiellen Wohlstandes erfreuen, bedarf für  
unsere Leser wol keiner Beweise mehr, sondern nur der Erwähnung.  
Der davon aber nicht überzeugt ist, der möge sich nur die Daten  
(Zahlen) über die exekutiven Liquidationen und exekutiven Steuerein-  
tragungen, welche den Mittelstand betreffen, ansehen; — oder sich  
direkte bei den Kleingewerbetreibenden und Bauern nach deren  
Lage erkundigen! Oder es blättere der Ungläubige in den Berichten  
der Tagespresse, in welcher er — trotzdem es im Interesse der  
durch selbe repräsentierten herrschenden Klasse liegt, die Standbe-  
richte möglichst totzuschweigen, um das Volk damit nicht intrans-  
zu machen — er auch Judicien (Beweismittel) darin genug findet,  
die meine Behauptung bekräftigen.

So stehen wir also vor der Tatsache: Nicht die Lohnarbei-  
ter, die Proletariat, sondern auch die Mittelklasse befindet sich der-  
malen in einer sehr mißlichen Lage — auch den Bauern  
und Kleingewerbetreibenden gebührt es größtenteils oft an den  
notwendigen Mitteln zu einem menschenwürdigen Leben.

Wo aber dies der Fall ist, wo die Menschen kaum mehr  
ein lärgliches Auskommen haben, da liegt es gewis nahe, daß sich  
die in Not Befindlichen, sofern sie nicht geistig unfähig — ver-  
kommen sind, ihre elende Lage wol überdenken, Beschwerde gegen  
das Leben besser ständiger Menschen aufstellen, die Ursache dieser  
sozialen Unterschiede und Zustände zu erforschen suchen und über  
Mittel zur Aufbesserung dieser ihrer widerlichen Lage finden.

Wo nun dieses Streben nach Besserstellung, d. i. der  
„Kampf ums Dasein“ sich über das Niveau (Linie, Grenze) des  
individuellen Egoismus (persönliche Selbstsucht) erhebt, oder gar  
das Streben nach Gleichberechtigung und höherer Kultur und  
andere edle Gefühle hervorlocken, da äußert sich der Drang nach  
Bereinigung zu gemeinsamen Streben nach denselben Ziele  
und es entstehen die öffentlichen und geheimen Volksbewegungen.

So entstand z. B. die Bewegung der sozialdemokratisch ge-  
sinnten Arbeiter, welche heutzutage, wo die Not den Arbeitern auf  
die Nadel brennt, und andererseits die Wissenschaft Alles vorwärts  
drängt, fortwährend an Umfang gewinnt und die Partei kampfes-  
muth, Kraft und Siegesbewußt in die Zukunft blickt.

\*) Wissenschaftlich definiert: Klasse der selbständigen Klein-  
produzenten; daher nach dieser Definition die Beamten zc. nicht  
inbegriffen sind.

\*\*) Eines der beiden für sich bildet einen „Stand“, die  
Lohnarbeiter hiezu, und wir haben den Arbeiterstand oder die  
Arbeiterklasse.

Wie aber steht es da mit den Kleinbürgern und Bauern? Was erstere betrifft, so haben wir in den Städten allerdings seit längerer Zeit eine gewisse Bewegung vor. Man hat Vereine, hält auch freie Versammlungen ab, wo es auch manchmal zu Demonstrationen (Demonstration: öffentliche Kundgebung, Drohbewegung) Kundgebungen kommt, allein, wie bekannterweise deren Tendenz (Richtung), Zweck (Zweck: nach einem Ziele) meist nicht leuchtend, also reaktionäre (Reaktionäre: Ueberlebtes wieder einführen wollen), egoistisch sind, und es an Gleichheit und anderen ethischen Prinzipien (ethisches Ziel, Grundsatz) und praktischen, durchgreifenden Ideen mangelt, so kann die Sache es zu keiner höheren Bedeutung bringen — ist es doch sogar an eigenen Vorposten — und so felt da eben der Impuls, der eine Sache zum Erlolge führen soll.

Die Bauernbewegung indes kommt besonders neuerer Zeit in Deutsch-Oesterreich mehr in Gang und Bedeutung. Es sind vornehmlich seit einigen Jahren schon mehrere Zeitungen auf dem Kampfboden, welche die Aufklärung und die Organisation der Bauern betreiben, welche, wenn ihnen auch sehr viel mangelt, ihre Wirkung nicht verfehlen. — Die demonstrativen Versammlungen, welche abgehalten werden, der Lutzer Bauerntag, die neu erstehenden Bauernvereine und der protestirte Bauernbund etc. haben den herrschenden Parteien gewaltigen Schaden eingelegt, so daß die Bauernbewegung in den Tagesblättern zur stehenden Musik geworden, wie auch derselben auf einmal das Wort der Bauern sehr am Herzen zu liegen scheint. —

Im Uebrigen aber ist die Bauernbewegung so leidend und schleppt sich als jene der Gewerbetreibenden. Man sollte meinen, daß, indem die Mittelklasse materiell doch entschieden besser gestellt sei, als die Lohnarbeiter, selbe daher auch mehr Mittel zu deren geistigen Ausbildung besitze, auch mehr Intelligenzen aufweisen sollte, welche ihre Sache betreiben könnten? Und doch steht die Mittelklasse hier gegen die Lohnarbeiter weit zurück! Wie das?

Man, wenn wir den Ursachen nachforschen, so finden wir hauptsächlich: 1. Daß ein guter Teil der intelligenteren Kleinbürger und Bauern sich noch immer von den herrschenden Parteien, den „Liberalen“ und „Konserwativen“ und wie sie sich sonst nennen — ins Schlepptau nehmen lassen; oder mit anderen Worten, daß es derselben noch immer gelingt, einen großen Teil der Bauern und Kleinbürger an sich zu fesseln.

Um die Tragweite dieses Umstandes zu erkennen, aber muß man bedenken, daß mit dem Einfluß auf die Mittelklasse und die Lohnarbeiter die Herrschaft der maßgebenden Parteien steht und fällt. 2. Weil die Lehren, Prinzipien, Ideen und Forderungen der Bauern sowohl als auch der Kleingewerbetreibenden — abgesehen von einigen wenigen Anerkennungswerten, da, wo sie nicht reaktionär, egoistisch, inhärent, unlogisch, kleinlich und kulturfeindlich sind, zum großen Teil als ein unklares, buntes, verworrenes Konglomerat (verwickeltes Gaud) bezeichnet werden müssen, und die Säpuler der Bewegung oft selbst nicht wissen, was sie eigentlich Positives (klar Festgestelltes) wollen, antworten und beantworten sollen.

Als Beleg hierfür weise ich einfach hin auf die Berichte von den Vorgängen und Beschlüssen der Bauernversammlungen und Vereine, — vom Lutzer Bauerntag, wo man auch kein positives, der Sache entsprechendes Programm aufzustellen wußte, ferner auf den Inhalt der Bauernorgane: andererseits auf die Versammlungen und Kundgebungen der städtischen Kleingewerbetreibenden; übrigens kann und sollte man sich veranlassen bei den Bauern und Kleinbürgern von den diesbezüglichen Verhältnissen der großen Mehrheit derselben vergewissern, — man wird das oben Gesagte vollaus bestätigt finden. (Fortf. folgt.)

## Politische Uebersicht.

Der Finanzminister hat am 25. April im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den bei der durch Hypothekendarlehen und Kreditinstitute vorgenommenen Umwandlung von hoch verzinslichen Hypothekendarlehen in niederer verzinsliche die Gebühren nachgelassen werden; dieser Gesetzentwurf ist bekanntlich ein Teil des Programmes des Grafen Taaffe, durch dessen Ausführung der österreichische Bauernstand gerettet werden soll. Ein starker Glaube gehört wol dazu. — Der Justizminister hat eine neue Zivilprozeßordnung eingebracht, die auf den Grundrissen der Würdlichkeit und Oeffentlichkeit des Verfahrens basiert.

Die Budgetdebatten haben wir bereits im Beilagenheft dieser Nummer besprochen und es erübrigt uns hier nur einzelne episdische Vorgänge aus derselben, die für unsere Leser besonders Interesse bieten, mitzutheilen. Beim Etat des Ministeriums des Innern sprach Abg. Sten del über die internationalen Polizeimaßregeln gegen den Sozialismus und äußerte sich dabei wie folgt:

„Diese Gattung von Sicherheitsdienst bringt es mit sich, daß sich Leute finden, welche Verschwörungen anzetteln, um dann bei der Demagogie ein Geschäft zu machen. Daß die Unguisierten von Menschen mißbraucht werden, welche geheime revolutionäre Flugchriften bestellen und drucken lassen, um dann ihre Ankündigung oder Verbreitung der Behörde zu signalisieren. In der jüngsten Zeit sind auf Anregung des Fürsten Bismarck Verhandlungen gepflogen worden über internationale Maßregeln gegen die Revolution.“

Fürst Bismarck glaubt damit die Freundschaft des russischen Hofes erringen zu können, dürfte aber das Gegenteil erreichen, weil die in Rußland seit dem Czar Stefano immer wichtiger hervortretenden nationalen und politischen Strömungen dauernd auch von einem Baren nicht ignorirt werden können.

Gegen eine internationale Konferenz ließe sich nichts einwenden, wenn dieselbe als Kommission zur Belämpfung des sozialen Elends sich konstituiren würde.

So oft in einem der europäischen Parlamente die Frage der Beseitigung der Kinderarbeit, des Schutzes der Frauen und des Normalarbeitstages besprochen wurde, klagte man, daß die Industrie durch solche Reformen konkurrenzunfähig werde. Dieser Vorwurf kann wegfallen, wenn die europäischen Staaten über gemeinsame und gleichzeitige Maßnahmen sich verständigen.

Daß man eine Bewegung nicht durch brutale Polizeimaßregeln niederhalten kann, hat die Praxis des deutschen Sozialistengesetzes gezeigt; und der Vater der internationalen Polizeikonferenz hat dies auch anerkannt. Seine Motive zum Unfallversicherungsgesetz sind gleichlautend mit den Ausführungen Lassalle's über die Staatsidee des Arbeiterstandes, welche — es klingt fast wie Ironie — auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurden.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland war eine Reihe von Jahren durch den Einfluß der Lassalle'schen Agitation staatssozialistisch und national, aber die Herren Tressendorf und Madel haben diese Bewegung in andere Bahnen getrieben. Auch gegenwärtig merkt man, daß ein ehemaliger, und zwar ein schleswig-holsteinischer Polizeimeister sich an der Seite des Fürsten Bismarck befindet, daß der deutsche Reichskanzler von Herrn Bageter, der immerhin ein geistreicher Mann war, auf Liebenmann gekommen ist. Was Oesterreich betrifft, so erinnere ich mich sehr wol, im Beginne der Arbeiterbewegung Versammlungen und Feste beigewohnt zu haben, zu der Minister und Abgeordnete geladen waren und wo die Volkshymne stürmisch verlangt und applaudirt wurde. Aber schon Oskra begann damit, der Bewegung ihren sozialen Charakter mit Gewalt auszutreiben. Solche Erscheinungen sollten denn doch die Behörden zur Umkehr bewegen und der Herr Minister des Innern hat die Macht, durch eine präzise Stellungnahme den untergeordneten Organen die richtige Direktive in Bezug auf die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes zu geben. Möge er dies nicht veräumen, damit Oesterreich vor Ueberraschungen bewahrt bleibe, wie sie andere Länder heimgesucht haben. Bei unserer nationalen Herrissenheit würden soziale Krisen weit verderblicher sein, als irgendwo anders. Ich habe nichts mehr beizufügen.“

Hierauf ergriff Abgeordneter Ritter v. Schönerer das Wort und brachte die bekannte Angelegenheit des Genossen Hohe zur Sprache:

„Ich habe mir das Wort erbeten, um an den Herrn Minister des Innern eine Anfrage zu richten. Es handelt sich um Folgendes:

Vor einigen Wochen wurde die gegen einen der sozialdemokratischen Partei angehörigen Tischler erhobene Anklage fallen gelassen, und wurde derselbe nach zehnwöchentlicher Untersuchungshaft im Febr. dieses Jahres aus dem Arreste entlassen.“

Vier Tage später erhielt dieser Tischler eine amtliche Vorladung zur Polizeidirektion, wofür er in der Präsidialkanzlei von einem Oberkommissär freundlichst empfangen und um seine Privatverhältnisse, sowie über seine etwaigen Schulden eingehend befragt wurde.

Nachdem der Tischler seine bedrängte Lage schildert hatte, machte der Polizeioberkommissär sich erbötig — aus Mitleid, wie er sagte — die Familie des verhafteten Gewesenen zu unterstützen und die Schulden derselben zu bezahlen; auch fügte der Kommissär bei, daß der Tischler deshalb keineswegs von seinen politischen Prinzipien und Ueberzeugungen abzulassen brauche, nur möge er sich von politischen Agitationen ferne halten, worauf ihm auch in Zukunft Unterstützungen zukommen würden und möge er nur die Summe, die er brauche, nennen, damit sie ihm ausgefolgt werden könne.

Nachdem aber der Tischler dieses Anerbieten ablehnte, ersuchte der Kommissär, er möge über diese Unterredung Stillschweigen beobachten.

Es liegt nun für jeden Unbefangenen klar am Tage, daß die Behörde die bedrängte Lage und die Not des so lange Zeit schuldblos inhabirt gewesenen Tischlers dazu benützte wollte, um ihn zum Verräter, respektive zum Denunzianten an seinen politischen Parteigenossen zu machen.

Ich finde nun, daß es schon kranig genug ist, wenn sich manche Leute der Behörde freiwillig und gegen Entlohnung zum Zwecke der Denunziation politischer Parteigenossen anbieten und so als Spitzel in den Sold der Polizei treten, um oft auch nebenbei die namentlich bei der jetzigen Regierung so beliebte Rolle von agents-provocatours zu übernehmen, schmächtig aber finde ich es, wenn die Staatsbehörde förmlich systematisch zuerst eine längere Untersuchungshaft über ihr unbecuente, aber vor dem Gesetze schuldblos Staatsbürger verhängen läßt, um dann die dadurch vermeintlich müde Gewordenen und mit ihrer Familie in Noth und Elend Gerathenen zu bestechen und für volksfeindliche Zwecke mißbrauchen zu suchen.

Als Volksvertreter aber muß ich fragen, aus welchem Fonde die betreffenden Gelder entnommen, und unter welchem Titel des Budgets die Verrechnungen der für derartige Denunziantenzwecke verwendeten Steuergelder eingestellt werden?

Selbstverständlich werde ich keinerlei Mittel zu ähnlichen schändlichen Zwecken bewilligen, dagegen aber würde ich gerne bereit sein, solchen Vorlagen der Regierung zuzustimmen, durch welche im gesetzlichen Wege das Loß der Arbeiter mit Inanspruchnahme von Staatsmitteln bleibend und entsprechend verbessert würde.“

Selbstverständlich beschloß das Abgeordnetenhaus trotz der zahlreichen Beschwerden gegen die Regierung nicht nur das Eingehen in die Spezialdebatte, sondern bewilligte auch fast alle Posten nach den Anträgen der Regierung.

Das Reichsgericht erklärte auf die Beschwerde der deutschliberalen Großgrundbesitzer aus Oberösterreich elf Stimmen von Wälern bei der letzten Reichsratswahl aus dem oberösterreichischen Großgrundbesitzer für ungiltig; sämtliche elf Stimmen gehören den Merkmalen an, und da die drei damals Gewählten nur eine Majorität von sieben Stimmen hatten, so wäre folgerichtig auch die Wahl selbst ungiltig. Allein das Abgeordnetenhaus hat bereits die Wahlen für gültig erklärt, und die drei Abgeordneten zeigen auch durchaus keine Neigung, ihre Mandate freiwillig niederzulegen. Um diesen Widerspruch zu beheben, hat Graf Hohenwart im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, daß ein Ausschuß gewalt werde, der die Grenzen der Kompetenz in Reichsratsangelegenheiten zwischen Reichsgericht und Abgeordnetenhaus zu bestimmen habe. Natürlich ist

es bei diesem Antrage darauf abgesehen, dem Reichsgerichte in Zukunft die Möglichkeit abzuschneiden, in Fragen der Gültigkeit von Reichsratswahlen die Beschlüsse der Reichsratsmajorität zu durchkreuzen. Wir finden dabei nur, daß unsere gegenwärtige Reichsratswahlordnung so komplizirend und gekünstelt ist, daß sie zwingend einer radikalen Umänderung bedürfte. Die Liberalen waren es, welche die Reichsratswahlordnung schufen, sie sind es, welche ihre Unabänderlichkeit proklamirten, und welche auch heute trotz der schmerzlichen Erfahrungen, die sie selbst mit ihr machen, jede Erweiterung des Wahlrechtes mit Entschiedenheit ablehnen.

Zu der Budgetdebatte kritisirte Hausner die Leistungen der österreichischen Statistik, die bekanntlich nicht weniger als befriedigend sind. Insbesondere in der gewerblichen Statistik stehen wir hinter allen modernen Kulturstaaten zurück, so daß wir uns wegen Mangels an zuverlässigen Quellen in der größten Unklarheit über die wichtigsten Vorgänge auf dem Arbeitsmarkte befinden. Aber selbst in der Behandlung der einfachsten Vorgänge zeigen sich die statistischen Aufzeichnungen unseres Reiches als durchaus unzuverlässig und ungenau. So war in verschiedenen Hefen des statistischen Jahrbuches für 1877 das eine Mal die Anzahl der Selbstmörder in Dalmazien auf zwölf, das andere Mal auf 67 beziffert. In einem Heft des Jahrbuches ist die Angabe zu lesen, daß in Galizien wegen Verbrechens 503 der griechisch-orientalischen Kirche Angehörige verurteilt wurden, während nach einem anderen Hefte in ganz Galizien bloß 433 Verurtheilte der griechisch-orientalischen Religion waren. Das nennt man dann „wissenschaftliche“ Statistik.

Zur Charakteristik der österreichischen Preßfreiheit ist zu verzeichnen, daß die „Blätter für die Alpenländer“ eingestrichelt werden mußten, weil das Journal zu häufigen Konfiskationen verfiel.

Am 27. April ist in Graz Ludwig A. v. Benedek gestorben, der unglückliche Führer der österreichischen Nordarmee im Jahre 1866; heute ist es nicht möglich, die Wahrheit über diesen Krieg und über die Ursache der furchtbaren Niederlage zu schreiben, aber erst dann, wenn die Wahrheit nicht mehr verpönt sein wird, wird man im Stande sein, Benedek gerecht zu beurtheilen. Aus seinem Testamente, welches er im Jahre 1873 niederschrieb, entnehmen wir folgende Stellen: „Alle meine Vorwürfe und schriftliche Aufzeichnungen über den Feldzug 1866 über das unter Anrufung meiner Untertanen- und Soldatentreue mir aufgebrungene Kommando der Nordarmee habe ich verbrannt...“

Am 19. November 1866 habe ich dem damaligen Armeekommandanten Erzherzog Albrecht schriftlich versprochen, auch fernertun schweigend zu tragen und meine stillen Reflexionen mit mir ins Grab zu nehmen. Dies Versprechen war vielleicht vorzeitig, vielleicht sogar... daß die österreichische Regierung, mein Versprechen zu schweigen, in Händen habend und an die Gerechtigkeit meines Versprechens glaubend, am 9. oder 10. Dezember 1866 ihren sonderbaren Artikel über mich, wo man mir sogar meine ganze Vergangenheit absprach, in der Zeitung publiziren ließ; daß dieser nicht zu qualifizirende Regierungsartikel in der Präsidialkanzlei des Generalkommandos konzipirt von Feldmarschalllieutenant John und (folgt ein nicht zu veröffentlichender Name), korrigirt und ausgefüllt wurde, und endlich in der ganz absonderlichen Fassung auf Befehl der Regierung publizirt wurde, daß ich erst jetzt meine Begriffe von Recht, Billigkeit und Wohlstandigkeit... Ich habe es stillschweigend hingenommen und trage durch sieben Jahre mein trauriges, hartes Loß mit Philosophie und Selbstverleugnung. Ich wünsche mir selber Glück, daß ich trotz alledem gegen Niemanden einen Groll hege und auch nicht vertritt bin. Ich bin mit mir selber und mit aller Welt fertig geworden, bin mit mir vollkommen im Reinen, habe aber dabei alle meine Soldatenposse eingebüßt.“ Es wird daher Niemanden verwundern, daß Benedek seit dem Feldzuge 1866 nie mehr eine Uniform anzog, alle militärischen Ehrenzeichen zurückgab und sich jeden militärischen Kondukt bei seinem Begräbniß verbat.

Am 26. April ermordete in Wien der Schuhmacher Josef Weigl seine Frau und seine vier Kinder; zuletzt suchte er sich selbst zu ernden, was aber mißlang. Er ist gegenwärtig bereits von den Verlethungen geheilt und befindet sich nur unter ärztlicher Beobachtung wegen seines Geisteszustandes. Es ist durch die Aussagen derer, die ihn näher kannten, festgestellt, daß Weigl ein braver und fleißiger Mensch war, daß aber weder sein Fleiß noch sein ehrlücher Lebenswandel im Stande waren, ihn und seiner Familie genügend Brod zu verschaffen. Da er den Zins nicht zahlen konnte, befand er sich auch vor der unmittelbaren Gefahr, obdachlos zu werden. Kummer und Not zerfröhen seine Gesundheit und zerrütteten seinen Geist, so daß er in letzter Zeit ganz verstimmt und geistesabwesend war. Zu diesem Zustande kam er den furchtbaren Entschluß, seine Familie und sich selbst von dem elenden Dasein zu befreien. Dieser einschliche Vorfall eröffnet einen neuen Einblick in das maßlose Elend unserer arbeitenden Volksklassen. Die oberen Zehntausend aber gehen teilnamlos daran vorüber.

Am 1. Mai fand in Graz die konstituierende Versammlung des steiermärkischen Bauernvereines statt; dem Vereine sind bereits über 500 Mitglieder beigetreten.

Am 28. April fand in Kaschan eine Schwurgerichtsverhandlung gegen einen römisch-katholischen Priester namens Fedry statt, der einen am 18. November v. J. in einem Kaschaner Wochenblatte veröffentlichten Artikel gegen die gemeinsame Armee und gegen das Offiziers-



Leopold mit der Ueberschrift „Meuchelmörder“ und mit der Unterschrift „Brutus“ geschrieben hat; der Artikel war anlässlich der Barthia-Affaire in Klauenburg, in welcher zwei Offiziere den Rebellen Vorhau wegen einer gegen dieselben erschienenen Notiz im Redaktionsbureau insultrierten und schwer verwundet, verhaftet worden. Der Staatsanwalt verteidigte natürlich die Armee und verlangte die strengste Bestrafung des Angeklagten, welcher jedoch einstimmig freigesprochen wurde.

Die ungarische Regierung hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen den industriellen Unternehmern außerordentliche Begünstigungen seitens des Staates gewährt werden. Die in dem Gesetzentwurf aufgeführten zahlreichen neu zu begründenden oder schon bestehenden industriellen Etablissements werden bis Ende des Jahres 1895 von der Erwerbsteuer, von den Zuschlägen zu denselben und von den für die Errichtung solcher Etablissements zu entrichtenden Gebühren und Stempeln befreit. Wenn Arbeiter in Ungarn oder sonstwo Staatsunterstützung beanspruchen, werden ihre Bestrebungen als staatsgefährlich erklärt und ihre Vertreter mundtot gemacht. Wenn es aber Fabrikanten und Kapitalisten sind — ja Bauer, das ist was Anderes!

In Dresden wurde vor Kurzem die „Dresdener Abendzeitung“ nach dem Sozialistengesetz verboten. An deren Stelle erschien das „Dresdener Tagblatt“, welches aber schon nach dem Erscheinen der zweiten Nummer ebenfalls verboten wurde. — Eine für den 22. April von der Volkspartei einberufene Volksversammlung in Eßlingen, Württemberg, wurde, als unerwartet Bebel in der Versammlung erschien und das Wort ergriff, aufgelöst. — Dem Magistrate von Fürtth, welcher Bebel einen politischen Vortrag gestattet hatte, wurde deshalb durch eine ministerielle Entscheidung die Ausübung seiner politischen Befugnisse in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht auf unbestimmte Zeit entzogen und dem Bezirksamte übertragen. — Der deutsche Reichstag hat zwar den Antrag des Reichstanzlers auf Einberufung des Reichstages in jedem zweiten Jahre abgelehnt, dagegen den Antrag auf Verlängerung der Mandatsdauer der Abgeordneten von drei auf vier Jahre angenommen.

Eine für den 8. Mai projektierte Versammlung in Paris, welche gegen die Hinrichtung der Fesse Helfmann sich aussprechen sollte, wurde von den Behörden verboten.

Zur Beurteilung der Stellung des Ministeriums Gladstone zur irischen Landfrage ist es nicht ohne Wert den Grundbesitz der Mitglieder des Kabinetts zu erfahren. Nach einer verlässlichen Berechnung besitzt der Premierminister Gladstone 7000 Acres, Dodson 30.000, Lord Kimberley 11.000, Lord Northbrook 10.000, Earl Spencer 27.000, Marquis v. Gurdich 90.000, Marquis v. Hartington ist Erbe von 200.000, Herzog v. Argyll, der bekanntlich wegen der Landbill aus dem Kabinete ausgetreten ist, besitzt 175.000 Acres.

Am 23. April ist die erste Nummer einer englischen Ausgabe der Londoner „Freiheit“ erschienen.

Der Abgeordnete Bradlaugh wurde, obwohl er neuerdings von seinen Wählern in das Parlament entsendet wurde, nachdem die frühere Wahl wegen seines Unglaubens an Gott und seiner angeblichen Unfähigkeit zur Ablegung des Parlamentseides, welcher den Glauben an Gott voraussetzt, für ungültig erklärt worden war, durch Beschluß des Unterhauses neuerdings für unfähig erklärt, den Eid abzulegen, und zum Verlassen des Parlaments gezwungen. Gladstone suchte vergebens die Zulassung Bradlaugh zum Eide durchzusetzen. Infolge dieser Niederlage brachte die Regierung eine Bill ein, durch welche jedem Parlamentsmitgliede gestattet wird, statt des sonst vorgeschriebenen Eides eine Erklärung abzugeben.

Dillon, Führer der Landliga, wurde verhaftet. — Dublin, die Hauptstadt Irlands, wurde vom Witzlinge als im Zustande der Aufruhr befindlich erklärt und die Suspendierung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes verfügt, die schärfste Maßregel, die nach der irischen Zwangsbill zulässig ist. Die Aufregung in Irland steigt beständig, hauptsächlich genährt durch die stets sich steigende Grausamkeit der Gutsherren, die noch vor dem Beginn der Wirksamkeit der Landbill Mache üben wollten; mehr als 10.000 Personen sind gegenwärtig mit der Vertreibung aus Haus und Hof bedroht. Durch diese Thatfachen werden auch die Ordnungen der Wächter begründet; so wurden einem Walsbeger in Irland mit einer Schere beide Ohren vorgegeschnitten; in Galway wurde ein Gerichtsdiener bei lebendigem Leibe getötet.

Cowen interpellirte im Unterhause den Minister Harcourt, ob es wahr sei, wie Wienerblätter mitteilen, daß die englische Polizei bei Moskau vorgefundene christliche Korrespondenzen mit österreichischen Sozialisten sammt dem Schlüssel an die österreichische Regierung übergeben habe und daß deshalb mehrere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in Oesterreich stattgefunden haben. Harcourt erklärte, daß die Verhaftungen von Sozialisten in Oesterreich in keiner Weise mit der Verhaftung Most's oder mit Informationen der englischen Polizei in Verbindung stehen. Es haben überhaupt keine solchen Mitteilungen an die österreichischen Behörden stattgefunden. Es sei aber wünschenswert, die Ansicht der Regierung darüber bestimmen zu lassen. Er habe nie die Nordkomplotte geheimen Gesellschaften als unbedeutende Verbrechen angesehen, die als politische Vergehen zu bußen oder zu entschuldigen wären. Dieselben seien gewöhnliche Morde und Mordversuche und sollten als solche in jeder Beziehung be-

handelt werden. Falls die britische Polizei in Erfüllung ihrer Pflichten und in Handhabung des englischen Gesetzes Umstände erfahre, welche das Leben irgend Jemandes, sei es eines Souveräns oder einer Privatperson, im Inlande oder im Auslande durch Mordhandlung gefährden, sei es ihre Pflicht, eine solche Information zu geben, welche am besten geeignet ist, das Verbrechen zu verhindern.

Der für den Sommer dieses Jahres projektierte sozialrevolutionäre Kongress in London wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

In Petersburg wurde der zweite Bombenchemiker, Kromenski, verhaftet. — In Moskau wurden in den russischen Osterfeiertagen wie in Petersburg zahlreiche revolutionäre Proklamationen verbreitet, viele darunter in Oesterreich. In den Petersburger Fabriken fanden zahlreiche Verhaftungen von Arbeitern statt. — In der Ukraine ist ebenfalls die revolutionäre Bewegung im Zunehmen begriffen; in Bronograd, wo die Bauern selbst eine neue Grundverteilung vornehmen wollten, kam es zum offenen Kampfe zwischen ihnen und den Großgrundbesitzern, wobei mehrere Personen verwundet und zwei getötet wurden. — Als in Petersburg die Reichen der hingerichteten Attentäter Fortgeschafft wurden, wollten ihnen 30 Personen das Ehrengeleit geben und wurden verhaftet. — Die „heilige“ Synode in Petersburg hat einen „Girtenbrief“ an die Gläubigen gegen die revolutionäre Bewegung erlassen; man sieht, daß auch der Humor in dieser Tragödie nicht fehlt.

### Aus Parteikreisen.

Am 26. April mitternachts wurde der Spänglergehilfe Franz Staar in Wien verhaftet und infolge einer Angabe der Salzburger Polizei sogar — o Graus — nach Wurfgeschossen bei ihm gefahndet, die natürlich nicht gefunden wurden. Auch in Salzburg fanden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt, verhaftet wurden die Genossen Müller, Winter, Marschall und Deitler.

In Johnsdorf und Oberleutensdorf, Böhmen, wurden bei Hausdurchsuchungen zahlreiche sozialistische Flugchriften gefunden.

Genosse Andreas Ehl wurde, obwohl er schon seit dem Jahre 1877 in Best domizilirt, und sich dadurch nach dem ungarischen Gesetze das dortige Staatsbürgerrecht erworben hat, ausgewiesen. Er hat selbstverständlich gegen das Ausweisungsbekret an das Ministerium rekurrirt.

Wien, Montag den 7. März, abends halb acht Uhr, fand eine zahlreich besuchte freie Versammlung der Manufakturarbeiter und Arbeiterinnen Wiens mit der Tagesordnung: 1. Die Lage der Manufakturarbeiter und Arbeiterinnen und wie ist dieselbe zu verbessern? 2. Die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung und Beschlußfassung einer Resolution. — Einberufen H. Schützler eröffnete dieselbe und es wurden die Genossen J. Binderer und W. Binkler zu Vorsitzenden und Seidler zum Schriftführer gewählt. Auf Antrag des Genossen Schützler wurden beide Punkte zusammengezogen.

Referent G. Schützler kritisierte die heutige traurige Lage der Manufakturarbeiter und Arbeiterinnen, in der sie sich befinden, welche nur eine Folge der immer mehr und mehr überhandnehmenden Maschinenproduktion in der Manufakturbranche sei. Redner kommt ferner auf die murrenmäßig lange Arbeitszeit (12 bis 14 Stunden täglich) und die Verwendung der Frauen zu Arbeiten, welche Männer verrichten sollen, sowie auf die Verwendung der Kinder unter dem 14. Lebensjahre zu Arbeiten, welche ältere jugendliche Arbeiter verrichten sollen, zu sprechen. Das durch diesen unregelmäßigen Betrieb der Maschinenproduktion in der Manufakturbranche nicht allein ein bedeutendes Angebot der ständigen Arbeit, sondern auch ein derart rapiden Sinken der Arbeitslöhne zur unbedingten Folge hat, so daß dieselben weit unter den gegenwärtigen teuren Lebensmittelpreisen zurückgefallen, so daß es kaum denkbar sei, daß eine Arbeiterfamilie mit einer Kopfszahl von 4-5 Personen mit einem Verdienst von 1 bis höchstens 5 fl. per Woche leben muß. Diese Verdienste gelten auch in Wien; daß es noch in anderen Städten gibt, ist auch eine unbestreitbare Tatsache, indem es Arbeiter in den Provinzen gibt, die per Woche 2 bis 3 fl. verdienen bei einer Arbeitszeit von täglich 12 bis 14 Stunden, auch 16 Stunden. Redner bespricht auch die Ausbeutung der Lehrlinge, indem er nachweist, daß nicht nur in der Provinz, sondern in der nächsten Nähe Wiens, die jugendliche Arbeitskraft auf das Mierhörteste ausgebeutet wird.

Was die Manufakturbranche anbelangt, so lemt in Wien bereits Niemand mehr dieses Handwerk, da es so verhasst ist, daß es gar nicht wert sei, daß es existirt, weil die Arbeiter dieser Branche durch die herrschenden Hungerlöhne der größten Not und dem Elendpreis gegeben sind. Auch kommt Redner auf die Straßensarbeit zu sprechen und weist nach, daß dieselbe sehr nachteilig für den freien Arbeiter sei. Zur durch folgende Maßnahmsmittel können diese Uebelstände beseitigt werden: 1. Normalarbeitszeit von 10 Stunden für erwachsene Arbeiter; 2. Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, daß deren Arbeitsdauer 8 Stunden täglich nicht übersteige; 3. Verbot der Sonntagsarbeit; 4. Regelung des Lehrlingswesens, in der Weise, wie es die Arbeiter seit Jahren fordern. Aber alle diese wirtschaftlichen Forderungen hängen von politischen Rechten ab, daß dieselben durchgesetzt werden — und Redner bemerkt, so lange die Arbeiter nicht das Wahlrecht in allen Vertretungsorganen, ohne Klauseln, besitzen, um jene Männer zu wählen, welche für das arbeitende Volk in der That etwas tun, was ihm zum Wohle gereicht. — (Bei diesen Worten wurde der Redner vom Stimmwaisler unterbrochen, mit der Bemerkung, daß dies nicht zur Tagesordnung gehöre.) Redner kritisierte sodann die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung und bemerkt, daß dieselbe den jetzigen Zeitverhältnissen nicht im Mindesten entspreche, indem dieselbe weder einen Normalarbeitszeit, noch die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in jener Weise, wie es die Arbeiter fordern, sondern auch nicht die genügenden Bestimmungen enthält, welche das Lehrlingswesen regeln sollen, ferner kein genügendes Aufwachtgesetz zum Schutze der Arbeiter enthält und auch die Bestimmungen betreffend die Fabrikinspektoren entwerfen nicht im Mindesten den Forderungen der Arbeiterklasse Oesterreichs; nur die Zwangs-genossenschaft sollen aufrecht erhalten bleiben. Redner verliest sodann die in der am 9. Jänner in Bobel's Bierhalle stattgefundenen Volksversammlung angenommene Resolution; als Redner die Stelle verliest, welche lautet, daß die Verfassung der Regierung und der bestehenden Majorität des Abgeordnetenhauses jedes Beschlusses für die Arbeiterklasse ausspricht, wurde vom Regierungsvizepräsidenten diese Stelle gestrichen.

Redner sprach sodann über die Organisation und weist nach,

daß es den Arbeitern nur dadurch gelingen könne, zum Ziele ihres Strebens zu gelangen, wenn sie sich vereinigen und verweist die Anwesenden auf den bestehenden Genossenschaftsverein der Stickerarbeiter, wo dem Arbeiter Gelegenheit geboten sei, sich jenes Mittel anzu eignen, welches für jeden eine unabhängige Notwendigkeit ist, denn nur durch Wissen gelangen wir zu einer Nacht, mit der man in Zukunft zu rechnen hat.

In demselben Sinne sprachen noch die Genossen Treibentz, Führer, Michael und Ghes.

Es wurde zur Abstimmung der Resolution geschrieben und dieselbe einstimmig angenommen. — F. H. Linger, Schriftführer.

Wien, Sonntag den 3. März d. J. fand im Saale „zu den 3 Raben“ eine Kupferschmiederversammlung mit der Tagesordnung: Aufhebung der Zwangs-genossenschaften und Anschluss an die Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse und an den Metallarbeiterverein Union statt. — Eröffnet wurde dieselbe von Herrn Bezjak. Zum Vorsitzenden wurde Herr Franz Gausel, zu dessen Stellvertreter Herr Anton Haufer und zu Schriftführer die Herren Kaufhaberger und Häckmann gewählt.

Herr Reher als erster Redner sprach für den Anschluss an die allgemeine Arbeiter-Krankenkasse und Invalidenkasse, sowie auch an die Metallarbeiterverein Union, indem er betont, daß die Kupferschmiedegesellen von den Meistern schlechter behandelt werden als die Schenkerischen, die Arbeitsvermittlung eine höchst ungerechte ist, indem wir allen Mühen ausgesetzt sind, ohne daß wir irgendwas Besondere führen oder sonst nur in unserer Angelegenheit ein günstigeres Resultat erzielen könnten, da uns unser Genossenschaftsvorstand Herr Sabitz gänzlich ignoriert und so Miermüthlich behandelt, uns sogar als unfähig für Mandatare in die Gewerbetammer hinstellt und unsere Stelle, ohne uns zu fragen, selbst eigenmächtig vertreten will, so hoch von allen Genossenschaften, Vertreter aus den Herren Meistern und auch von den Herren Gesellen zugezogen sind; nur wir werden um nichts gefragt, so auch in Genossenschaftsangelegenheiten müssen wir nur Aufträge ausgeben und dürfen nicht mitreden, es wäre nötig, daß wir die Mitglieder bei den Haaren zu zulen heranziehen sollten, wenn man gleich dabei einige Ohrfeigen bekommt, wie es gewöhnlich bei uns geht.

Die Herren Benedik, Gallenbacher, Schweichhart, Winter, Karl, Minspel, Urbanek, Klemm, Löwe, Sunkel, Kaufhaberger sprachen über dieselbe Angelegenheit in ausführlicher Weise und beantworteten den Anschluss an die Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse und den Metallarbeiterverein Union.

Nach einstimmiger Annahme einer diesbezüglichen Resolution und mehrerer Anträge wurde die Versammlung geschlossen. — Ludwig Fückmann, Schriftführer.

Dr. Neustadt. Das hiesige „Organ“ der Bürgerpartei bringt einen Artikel, welcher die Veranlassung der Bauern in Schwaben's Kolossium bespricht; in demselben heißt es unter Anderem, „daß es ein arger Verstoß war, Advokaten und Advokaten in einer Versammlung statt auf die Bühne an den Franzosen zu stellen“ und solcher Worte gibt sich das benannte „Organ“ den Ansehen, als ob es für die absolute Redefreiheit schwärme. Der Schlussatz des bezogenen Artikels besetzt uns aber eines besseren, indem derselbe sich zu förmlicher Demagogik des Sozialdemokraten verleiht. Man höre nur dieses Meisterstück eines journalistischen Artikeles:

„Als ein weit ärgeres Uebel bezeichnen wir in erster Linie das von dem sich konservativ nennenden Bauernkomitee gestattete Einmengen der Sozialdemokraten. Daß dies geschah, bleibt sehr bedauerlich. Bekanntlich waren die Legitimationskarten zum Besuche der Bauernversammlung nur für Feuerjäger und Grundbesitzer auszufertigen, demnach fand sich ein berechtigter, nur „sozialdemokratische Grände“ Besizhender dazwischen ein, und der Einfluss, den derselbe schon seit längerer Zeit als Abouventenkomitee der „Mittelklasse“ auf den berufenen und unbefangenen Vertreter der Bauerninteressen Redakteur Steininger geübt haben mußte, war zu verspüren aus dem die ganze Bauernfrage schädigenden Gishanche, welcher die über den eben frisch gezogenen Furchen ohnehin schwebende Atmospäre ungeheuerlich drückte. Die vielen „Hoch“, welche im Schwelbe des Angeklagten bei dieser ersten Arbeit der Regierung ausgesprochen wurden, die dem ruhig Denkenden schwer erklärlich wird, und gewiß sich nicht hätte einstellen können, wenn nicht schon bemerkt worden wäre, daß beim ersten Unbanversuche der zur Aus-saat bestimmte Weizen nicht frei von Unkraut und das wollen wir zu bedenken geben, um der gerechten Sache unserer Bauern einen Dienst zu erweisen.“

Ala! — Den Namen meiner Weizenart zu nennen hiezu selte dem guten Manne leider der Mut. Herr Weizen — so benannt sich der Schöpfer obigen künstlichen Meisterwerkes — hat demnach den Bauern einen Dienst erwiesen. Demgegenüber erlaube aber ich mir zu konstatieren — und zwar unter meiner vollen Verantwortung — daß Weizen, Redakteur der „Dr. Neustädter Zeitung“, ein Revolverrevolutionär und Handlanger der Wucherer ist und ich behaupte, und will solches demnach in einer Volksversammlung oder mittels Herausgabe einer Flugchrift beweisen, daß mehrfach genannter „Chren-Edandauer“ das seiner Stellung anvertraute Blatt entgegen den Intentionen der Eigentümer desselben (Bürgerverein) selbstthätiger Weise mißbraucht. Diese Erklärung vorläufig als Auktor, auf die Verantwortlichkeit dieses Subjektes, müssen durch Wucherer längst halbseitig gekümmerten Bauern, einen Dienst zu erweisen.

Gestern fand im hiesigen Bürgerverein eine Versammlung statt, bei welcher ein Professor über die Seele von Steuern, mittelst welcher man in allerneuester Zeit die Wölfer Oesterreichs zu beglücken gedenkt, referierte. Ich verdanke diesem Vortrag, nebst verschiedenen trefflichen statistischen Materialien, auch die Tatsache, daß die Arbeiter Nordböhmens, welche demalen in speziellen Jubiläumsvandern auf einen Hungertode von 2-3 fl. angewiesen sind, demnach aus diesen Beträgen auch noch die Petroleum- und Gassteuer werden zu bezahlen haben. Redner konnte es nicht mit Schweigen übergehen, daß beispielsweise in Komernstadt die Not unter den Arbeitern so groß, daß deren Kinder vor Hunger unter die Schulbänke gefallen sind. Redner hält sich auch überzeugt, daß durch solche Verhältnisse ein revolutionäres Proletariat geschaffen werde, man wenn dasselbe bis nun nicht getrieben worden wäre, dessen besten eingedenk sein müsse, daß stille Wasser — tief runkt. Ich enthalte mit jeder Schlussfolgerung bezüglich des Anwesendeten, es genügt vollkommen, wenn Personen, die schon vermöge ihrer Stellung des Verdachtes sozialistische Petroleure zu sein, fähig sind, die Ursachen“ zu geben, deren Wirkungen die sozialdemokratische Bewegung geschaffen und somit solche ich diese Mitteilungen mit der innersten Ueberzeugung:

„Daß die See, eh vor sie stürmet —  
Nahmend an die Ufer schlägt,  
Und tobend, erst die Wellen türmt,  
Wenn sie der Wind — zurückgeht.“  
„Der Schiffer mit — der foras steuert,  
Sein Kahn, zerbricht am Felsenriff —  
Und die Wässer, die da schäumen,  
Jüwahr — sind unermeßlich tief!“

Franz Johann Leitner.

Steier, 8. Mai 1881. Worte Genossen! Ich erlaube mir Ihnen über die Transportierung des Genossen Schnaubel nach Salzburg Mitteilungen zu machen. Sonntag früh 5 Uhr wurde Schnaubel, an den Händen gefesselt, einen Bündel mit der nötigsten Waare unter dem Arme, von einem Schandarm mit angepöbelten Wajonette vom Gefängnisse durch die Straßen auf den Bahnhof eskortirt. Welches Aussehen ein derartiger Auf-

zug hervortritt, kann man leicht begreifen, wenn man bedenkt, daß aus Anlaß des 1. Mai die Straßen so ziemlich besetzt waren und wurde Schnaubelt von den Passanten, welche den Grund seiner Verhaftung nicht kannten, für einen gefährlichen gemeinen Verbrecher gehalten und verhöhnt. Wir aber, sowie alle, die wir die Verhaftung des Genossen Schnaubelt als einen ehrenvollen Willkürakt bezeichnen müssen, sind über eine herabwürdige Behandlung eines, wegen politischen Vergehens in Untersuchung stehenden Gefangenen, auf das Höchste entrüstet.

Mittlerweile hatten sich auf dem Bahnhofe eine große Anzahl Genossen, beiläufig 60-70, eingefunden und nahmen in herzlichster Weise von Genossen Schnaubelt Abschied.

Wie wir erfahren haben, wurde Schnaubelt im Kapez seiner Fesseln ebenfalls nicht entledigt.

Sein Arbeitgeber, Maschinenfabrikant Hüber, war ebenfalls auf dem Bahnhofe, nahm in freundlicher Weise von ihm Abschied und versicherte ihm, wenn er wieder frei sei, könne er wieder bei ihm arbeiten. Er sprach sich mißbillig über eine derartige Behandlung aus.

### An die Arbeiter Oesterreichs!

Die Unterzeichneten beabsichtigen für die Pfingstfeiertage nach Linz einen Arbeitertag zur Beratung und Beschlußfassung über die wichtigsten die Arbeiterinteressen gegenwärtig berührenden Fragen einzuberufen. Die Nothwendigkeit einer solchen Versammlung, in welcher eine Einigung aller österreichischen Arbeiter über die Art, wie sie ihre materiellen und geistigen Interessen zu wahren haben, für die nächste Zukunft herbeigeführt werden soll, bedarf wol keiner Begründung; die traurige Nothlage, in der sich die österreichischen Arbeiter befinden, die bedauernde Gleichgültigkeit, in welcher ein großer Teil von ihnen gegenüber den sie unmittelbar berührenden Fragen verharrt und die politische Rechtslosigkeit, die die Arbeiter verhindert, mit gleichem Erfolge wie die Bauern und Gewerbetreibenden die Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche zu betreiben, sind Gründe, welche auch den Sammeligsten veranlassen sollten, endlich einmal auf eine regere und organisierte politische Tätigkeit der Arbeiterschaft hinzuwirken.

Der Arbeitertag wird nach Art der Bauern- und Parteitage des letzten Jahres als geschlossene Versammlung einberufen, zu der nur geladene Gäste Zutritt haben. Alle Arbeiter, welche an dem Arbeitertage teilzunehmen wünschen, werden deshalb ersucht, sich an die unten angegebene Adresse behufs Ausfolgung von Einladungskarten zu wenden.

Der Arbeitertag über welchen noch nähere Mittheilungen in der nächsten Nummer der „Zukunft“ erfolgen, wird am Pfingstsonntage in Linz stattfinden und nach Bedarf am Pfingstmontag fortgesetzt.

Die Tagesordnung ist:

- 1. Die Forderungen der Arbeiter in Oesterreich.
2. Die Stellung der Arbeiter zu den politischen Parteien und zur gegenwärtigen Bauernbewegung in Oesterreich.
3. Die Arbeiter und die neue Gewerbeordnung.
4. Gründung eines allgemeinen österreichischen Arbeiterbundes.

Wir rechnen auf recht zahlreiche Anmeldungen. Linz, 8. Mai 1881.

Franz Wisknef, Anton Weiguny, Hoppengasse 21, Linz. NB. Alle österreichischen Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Aufrufes ersucht.

### Aus dem Vereinsleben.

Mähr.-Trübau. In Mähr.-Trübau wurde seit einigen Jahren die Hoffnung gehegt, einen Verein zu gründen, um die Wissenschaft, die Bildung, besonders unter der arbeitenden Klasse zu heben. Viele Mähr. kostete das Unternehmen, umsomehr, da ein ähnlicher Versuch schon mißglückt war. Alles fällt sich in gewissen Momenten starr, aber in vielen Fällen tritt das Wechselstübchen ein, verschiedene ängstliche Gemüther gehalten sich, welche sich im Hauptakte, von dem Unternehmen zurückziehen. Unter solchen Umständen ist niemals ein Gelingen möglich, denn nur vollständiges Zusammenwirken kann das Geringste bewerkstelligen. Selbst wenn es anfänglich nur ein kleiner Zusammenhalt ist, so kann man sich sicher der Hoffnung hingeben, daß die Sache bald von selbst entsteht. Wie viele sind des Wissens bedürftig, ohne die Mittel zu besitzen, sich die nötigen Kenntnisse sammeln zu können, besonders wenn wenig oder gar kein Begriff davon vorhanden ist, um so schwerer der Anfang. In einem Vereine jedoch wird Jedem nach Möglichkeit auf verschiedene Art, durch Unterricht in mehreren Gegenständen, Vorträgen u. a. alles dasjenige Unentbehrliche geboten und warum sollten wir uns zurückziehen vor einer Tat, welche uns jeder Bemühten nur als eine gute Tat anrechnen kann. Wir arbeiteten nun vorwärts und haben bereits seit Ende Dezember 1880 einen allgemeinen Leseverein gegründet für Mähr.-Trübau und Umgebung, welches wir heute allen gleichgesinnten Genossen zur Nachricht bringen. Aller Anfang ist schwer und wir ersuchen deshalb alle bestehenden Vereine, sollte es irgend möglich sein, uns mit einigen Büchern in die Bibliothek zu beschenken, wofür wir uns zum besondern Danke verpflichten.

Von Mähr.-Schönberg ging unser Wunsch bereits in Erfüllung und wir schließen mit Gruß unsern Dank mit bei. Im Auftrage: Karl Böhm, Bibliothekar, Adlergasse 4, Mähr.-Trübau.

Kindberg. Der Vorstand des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines erhielt den 6. Mai von der löblichen Bezirkshauptmannschaft Druck folgendes Schreiben: „Z. 5473. An den Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereines in Kindberg. Die für Sonntag den 8. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr anberaumte Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines darf nur unter der Bedingung stattfinden, daß mit Rücksicht auf die in Linz herrschende Blatternkrankheit zur Hinaufhaltung einer Verschleppungsgefahr an der Versammlung die in Linz wohnenden Vereinsmitglieder nicht teilnehmen, das heißt, es wird denselben die Teilnahme an dieser Versammlung hiemit verboten.“

Der Vorstand ist für die Beobachtung des Verbotes, welches auch von hier aus überwacht wird - verantwortlich. Druck a. d. M., am 4. Mai 1881. Für den l. l. Bezirkshauptmann: Dr. Santsch. - Die Vereinsleitung ersucht daher sämtliche in der Gewerkschaft Linz wohnhaften Mitglieder, auf Hinweis dieses Verbotes, während der Zeit dieser Epidemie, die Betretung des Vereinslokales, sowie jede nähere Zusammenkunft mit irgend wo anders wohnhaften Mitgliedern sorgfältig zu meiden.

Unterfertigte erlaubt sich, dem Berichte der löbl. Vereinsleitung noch eine Bitte mit einer kleinen Erklärung beizufügen. Ich ersuche hiemit alle im Orte Kindberg und Umgebung wohnhaften Mitglieder freundlichst, den Kirchenbesuch während dieser schrecklichen Epidemie auf das Sorgfältigste zu meiden, um

einer Verschleppung dieser Krankheit, welche bei dieser Gelegenheit am allerersten stattfinden kann, vorzubeugen, da in der Kirche immer sehr viele Bewohner von Linz anwesend sind. Es ist wirklich sonderbar, wenn man betrachtet, daß immer zuerst Gelegenheiten überwacht und verboten werden, welche nicht so leicht eine Verschleppungsgefahr zur Folge haben, und daß man den größten Zusammenlauf von Menschen, welcher sehr leicht eine Gefahr nach sich ziehen kann, unbeschränkt duldet. Sonntag den 1. Mai fanden in und bei Kindberg Konzerte statt, bei denen sehr viel Linz abwohner gegenwärtig waren und nicht die geringste Ueberwachung vorhanden war. Zum Schlusse drücke ich nun noch den Wunsch aus, man möge zuerst den größten Menschenzusammenlauf und überdies noch in geschlossenen Räumllichkeiten, bewachen oder verbieten, dann erst, und es ergibt sich von selbst, kann man auch kleinere Versammlungen mit demselben Urtheil beherrschen. Joh. Eberer, Obmann.

### Eingefendet.

Wien, den 4. April 1881. Öffliche Redaktion!

Ersuche um gefällige Aufnahme folgender, auf Wahrheit beruhender Zeilen:

Im fünften Bezirke, Hundstürmerstraße 71, befindet sich die neugegründete Strickmaschinenfabrik der Herren Popp und Hausmann, welche in ihrer Einrichtung, so auch in der humanen Behandlung seitens des Herrn Schöps gegenüber den Arbeitern, ganz dem heutigen modernen Drucke, den die Großindustrie auf uns ausübt, entspricht und ich kann nicht umhin, einige Details aus dem dortigen Leben, welches nur ein Kampf ums Dasein ist, der Öffentlichkeit zu übergeben.

Es sind in dem erwähnten Stablfabrikat ungefähr 20 Personen beschäftigt, welche zumeist noch junge Leute sind und zum größten Nutzen der Herren Schöps vorhanden war. Eine Normalarbeitszeit existiert dort gar nicht, die Dauer derselben kann laut der dortigen Fabrikordnung je nach Belieben des Herrn verlängert, selten aber verkürzt werden. Abgesehen davon, bekommen die Leute, wenn sie 6 Tage je 11 Stunden gearbeitet haben, Samstag den Hungerslohn von 4 bis 5 fl. ausbezahlt, mit welchem dieselben natürlich nicht zufrieden sind, in Folge dessen mit den Herren in Streit geraten, um von diesen mit den Worten 'Sind Sie ruhig, Sie sind ja noch ein Wehrhuh' (obwohl derselbe schon Schilfe ist), sonst laß' ich Sie fortführen' abgetrumpft zu werden. Wenn einer der Herren dann gar nicht mehr weiß, wie den Arbeitern ihr sauer verdientes 'Lohn' zurückgehalten werden kann, sagt er ihnen, 'ihre Arbeit sei größtenteils Ausschuß', was aber bei der fertigen Maschine durchaus nicht die Rolle einer Ausschußwaare spielt; außerdem wäre aus dieser Fabrik noch so mancher interessante Akt zu verzeichnen, die ich zu veröffentlichen mir für ein nächstes Mal vorbehalte, falls sich dort die Zustände nicht ändern sollten.

Als Parteigenosse fühle ich mich veranlaßt, derartige Vorfälle in unserem Zentralorgan zu veröffentlichen.

### Z u s a m m e n s e.

Nr. 94. Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

- E. G. 25, Greiner 20, mehrere Seidenfäden 1.-, Lothier Gampel 20, Laibach 1.41, Stubitz 15, J. Zujke 10, Ronicek 40, Werfsteil 20, Dorn 10, Hürst 22, Rodtiroh 20, Krot 20, S. F. 20, von alten Kesselfletern, Hainhausaße 1.-, Silberstein 20, Metallarbeiter durch Webla 2.80, roter Stahl 2.80, die rote Regelpartie in der Knöbhlstraße 73, Genossen Floridsdorf 2.-, durch Fischer 2.84, Pelikan 4, Werfsteil 8.60. Summe 27 fl. 68 kr.

Berichtigung. Im letzten Ausweise soll es statt 'Schneider Wiens 15 fl.' - 'Werfsteil Epiper 15 fl.' heißen.

### Parteigenossen! Vergesst der Jubilar nicht!

In den letzten Tagen wurden in Salzburg, Steyr und Wr.-Neustadt wieder mehrere Genossen verhaftet; eifrige Fortsetzung der Sammlungen daher unbedingt notwendig. Tut Eure Pflicht! Mit sozialdemokratischen Gruß Josef Hybes.

### B r i e f s t a n n e n.

Redaktion: M. Wien: Auf Ihre Anfragen folgt nach eingezogenen gründlichen Erhebungen nächstens ausführliche Antwort. Die biographischen Notizen und Rechtsbelehrungen beabsichtigen wir fortzusetzen. - Viele Berichte und Einwendungen mußten wegen Raumangel für nächste Nummer zurückgelegt werden.

Administration: M. Müller, Franzenstal: Rückstand seit 1. Nov. 1880. - R. Müller, Bares: Abonnuir bis 1. April. - Vergarbeiter in Duz: Pro Jahr 6 fl., Rest 1879 und 1880. - Verein der Drechsler: 1 fl. Inzeratenaufschale pro Mai erhalten.

### Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien. Montag den 16. Mai, 1/8 Uhr abends, findet in der Centrale die Monatsversammlung mit einem Vortrag von Herrn Sautinger über die 'Naturwissenschaft und die Arbeiter' statt.

Sonntag den 22. Mai 1881 veranstaltet der Arbeiter-Bildungsverein eine Sandpartie, verbunden mit Musikbegleitung, Gesang und Tanzkränzchen, über Dornbach, Sossenalpe nach Maurerbach, Raour Weidlingau, Eiteldorf. - Teilnehmerkarten 20 kr.

### Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

- Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.
Montag, in der Centrale, von 8-9 Uhr Bibliothek.
Dienstag, in der Centrale, von 1/8-1/10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgesrittene und Gesangsübung in Wäfl's Gasthaus.
Mittwoch, in der Centrale, von 1/8-1/10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wäfl's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Centrale, von 1/8-1/10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgesrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliothek.
Freitag, in der Centrale, von 1/8-1/10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgesrittene, Tanzunterricht für Vorgesrittene in Wäfl's Gasthaus.
Samstag, in der Centrale, von 1/8-1/9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von 1/9-1/10 Uhr abends, Stillist und von 8-9 Uhr abends, Bibliothek.
Einschreibungen finden täglich in der Centrale, 7. Bez., Bieglergasse 25, statt.

### Arbeiter-Längerbund in Wien.

Sonntag den 15. Mai 1881, in Obermayer's Saallocalitäten, 6. Bez., Stumpergasse 19, geselliger Abend, verbunden mit Tanzkränzchen und Juchazur. - Frühergelöste Karten 20 kr., an der Kasse 30.

### Wien, Montag den 30. Mai findet eine freie Vereinsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Schularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens in Gugl's Gasthaus 'zur blauen Flasche', Neufährhaus, Junggasse 6, um halb 7 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Die Zwangsgenossenschaften und das Resultat der Expertise in der n.-b. Handels- und Gewerbeammer.
2. Zweck und Nutzen der Vereine.
3. Anträge und Interpellationen. - Fachgenossen erscheint zahlreich!

### Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkschaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von 1/8-1/10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. - Donnerstag von 1/8-1/10 Uhr Buchhaltung. - Freitag von 1/8-1/10 Uhr Zuschneideunterricht. - Samstag von 1/8-1/10 Uhr französischer Sprachunterricht. - Sonntag von 2-3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3-5 Uhr Tanzunterricht. Sämmtliche Unterrichte finden in der Centrale, 7. Bezirk, Kaiserstraße 96 statt.

### Gewerkschaftsverein der Bürschner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, Montag und Donnerstag statt.

### Montag den 16. Mai, 1/8 Uhr abends, Gasthaus 'zur Kettenbrücke', freie Versammlung der Musikinstrumentenmacher Tagesordnung: Bericht der Experten.

### Sternberg, Sozialveränderung. Der allgemeine Arbeiter-Bevölkerung befindet sich jetzt: Restauration 'zum Hasen', Dindlgerstraße 43.

### Duz. Der Fachverein der Bergarbeiter in Duz feiert am 15. Mai sein siebentes Gründungsfeft

im Vereinslokale, Gasthaus 'zur Sonne'. - Programm: Fests- und Begrüßungsreden, Verlesung der Begrüßungsschreiben, musikalische und deklamatorische Vorträge, abends Tanzkränzchen. - Alle uns freundlichen Vereine werden ersucht, diese Einladung zur Kenntnis zu nehmen und zur Verherrlichung unseres Festes nach Möglichkeit durch Delegirte oder Begrüßungsschreiben beizutragen. - Delegirte sollen Legitimation vorzeigen. Der Ausschuß.

### Wels. Der Arbeiter-Bildungsverein feiert Pfingstmontag den 6. Juni sein dreizehntes Gründungsfeft, welches im Gasthausgarten zu Lichtenegg abgehalten wird. - Anfang 4 Uhr. - Delegirte oder Begrüßungsschreiben werden erwünscht. Genossen von nah und fern sind freundlichst eingeladen.

### Ernst Schweichhart, Mechaniker für Nähmaschinen, 8. Bez., obere Bräuhausgasse 4, (Halbstele der Traunau), empfiehlt sich den Genossen zu allen Reparaturen und zum Ankauf von Nähmaschinen. - Ich werde bestrebt sein, den guten Ruf, den ich mir durch meine zwölffährige Tätigkeit in den ersten und größten Nähmaschinengeschäften Wiens (Werner Stern-Nähmaschinenfabrik, der l. l. Hoflieferanten Wheeler und Wilson Komp. (Gebrüder Reich) und der Ehe Home-Maschinen Komp. (S. Schott)) als tüchtiger Fachmann erworben, auch in dem eigenen Geschäfte bewahren und bin durch meine Erfahrungen in die Lage versetzt, alle Aufträge auf das Beste und Billigste auszuführen zu können.

### Alte Parteiblätter,

'Volksstaat', 'Volkswille', 'Vorwärts' (Leipzig), 'Volksstimme' u. s. w. werden zu kaufen gesucht. Offerte, resp. relative Sendungen sind zu richten an F. Schlegel, Sackstraße 13, Graz.

### N a d s c h m e l z e r,

welcher Tüchtigkeit nachweisen kann, wird für Oesterreich mit zehn Gulden Gehalt per Woche und freies Quartier gesucht. - Anträge unter 'Tüchtigkeit' an die Expedition dieses Blattes.

### Die nächste Nummer erscheint am 26. Mai.

(Die in Klammern beschrifteten Siftern bezeichnen den Preis der Nummern.)

Verleger und Verleger: Franz Moß, Andreas Groß, August Potlitz, Heinrich Höke, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Moß.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.